

Zeitschrift: Bauen + Wohnen = Construction + habitation = Building + home : internationale Zeitschrift

Herausgeber: Bauen + Wohnen

Band: 32 (1978)

Heft: 1: Architektur im Gespräch = A propos d'architecture = On architecture

Artikel: Aktueller Wettbewerb II : Strategien für Kreuzberg, Berlin

Autor: Schäfer, Ueli

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336031>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aktueller Wettbewerb II

Strategien für Kreuzberg, Berlin

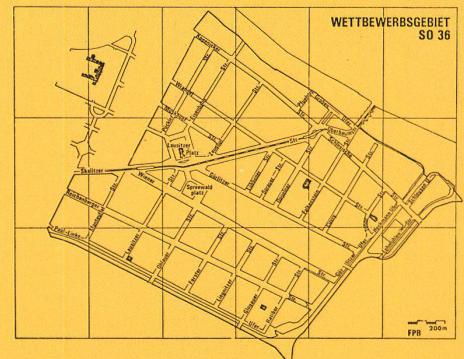
Zwischenbericht 1. Stufe

Ueli Schäfer

Ergebnis der Arbeit der Projektkommission

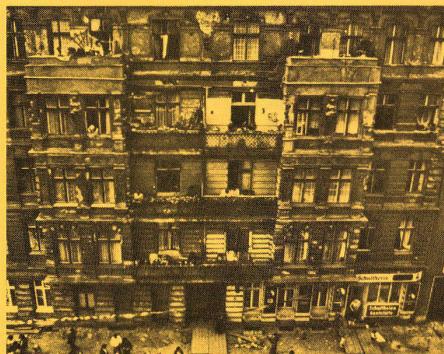
Aus der gemeinsamen Arbeit der ersten Runde der »Strategien für Kreuzberg« und aus der Auswertung der eingereichten Strategienangebote ergeben sich folgende Überlegungen:

1. Im Ausschreibungsgebiet dürfen keine Sanierungsgebiete (wie z.B. am Kottbusser Tor) ausgewiesen werden; die Erfahrungen mit Sanierung in großen Bereichen haben in Berlin ergeben, daß eine Zerstörung der Bevölkerungsstruktur und des Stadtbildes dabei unvermeidlich ist. Die Erprobung des Städtebauförderungsgesetzes als Instrument von Modernisierung für begrenzte Modellvorhaben ist allerdings denkbar.
2. Die Zielvorstellungen für die Verbesserung der Lebensbedingungen im Ausschreibungsgebiet entwickeln die Bewohner selbst mit der Unterstützung der prämierten Gruppen – der Bürger ist der Bauherr. Stadterneuerung muß ihre Kriterien aus den Problemen vor Ort selbst gewinnen. Die politischen Gremien sagen die extensive Auslegung der Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger an der Planung zu. Die Bürgervertretung, die diese Aufgabe wahrnimmt, wird in der zweiten Runde der »Strategien für Kreuzberg« geschaffen.
3. Um eine wirksame Quartiersöffentlichkeit zu fördern, soll ein Stadtteilzentrum eingerichtet werden. Es ist sowohl Heimat der aktiven Gruppen als auch ein Zentrum der Sozialarbeit sowie Forum für die politische Meinungsbildung der Bürger. Darum werden ihm auch die quartiersbezogenen Bildungsprogramme (im Zusammenhang mit der Volkshochschule) zugeordnet. Zur Schaffung der räumlichen Voraussetzungen sind Mittel zugesagt.
4. Als Träger für das Stadtteilzentrum wird ein gemeinnütziger Verein angestrebt, dem engagierte Bürger und aktive Gruppen des Gebietes angehören.
5. Die Verbesserung der Wohnverhältnisse als das entscheidende Problem der Stadterneuerung im Kreuzberger Südosten muß sich die finanziellen Möglichkeiten und die Bedürfnisse der Bewohner zugrunde legen. Deshalb wird eine mehrfache Strategie der Instandsetzung und Modernisierung angestrebt:
 - a) Bewohner schließen sich zu Genossenschaften zusammen und übernehmen mit finanzieller Unterstützung des Senats Instandsetzung und Modernisierung von Häusern, die die öffentliche Hand ihnen übereignet oder die sie preisgünstig erwerben.
 - b) Hausbesitzer setzen ihre Häuser mit öffentlicher Hilfe instand und führen die Modernisierung gemeinsam mit den Miethaltern durch.
6. Hausbesitzer führen die Modernisierung selbst durch nach dem Wohnungsmodernisierungsgesetz (Umlage von 14% der Kosten auf die Miete).
7. Städtische Wohnungsbaugesellschaften modernisieren im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus, aber mit modifiziertem Standard.
8. Die bestehenden Wohnungsbaugesellschaften sind immer noch auf Abriß und Neubau ausgerichtet: wir brauchen eine Altbau-Modernisierungsgesellschaft, die Finanzierung, Organisation und technische Durchführung als besondere Aufgabe hat. Ihr obliegt auch die Förderung von Handwerkerringen und Selbsthilfe-Gruppen als Instrument der Modernisierung.
9. Zur Finanzierung von Vorhaben, die nicht die öffentliche Hand trägt, wird ein Entwicklungsfonds für SO 36 angestrebt, mit dessen Hilfe auch bisher nicht geförderte Projekte ermöglicht werden können. Bürgschaften leisten die öffentliche Hand.
10. Eine Ergänzung und Alternative zur kommunalen Sozialbetreuung wird entwickelt, die unter der Zielsetzung der Hilfe zur Selbsthilfe sich vor allem der besonders belasteten Gruppen (Alte, alleinstehende Frauen, Kinderreiche, Gefährdete, Arbeitslose) annimmt. Beratungs- und Betreuungsaktivitäten für diese Gruppen sollen in das angestrebte Stadtteilzentrum integriert bzw. mit ihm koordiniert werden.
11. Zur Verbesserung der Chancengleichheit der ausländischen Mitbürger – v. a. Türken – und zur Verbesserung des Zusammenlebens aller Bevölkerungsgruppen sind besondere Maßnahmen notwendig:
 - a) Räumliche und finanzielle Voraussetzungen zur Förderung des eigenständigen Kulturturlebens (Kultur- und Begegnungszentrum).
 - b) Besondere Förderung zur Verbesserung der Wohnverhältnisse mit Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen (mittlere Verweildauer vieler Ausländer). Eine Ghetto-Bildung wird abgelehnt, Abbau der Reibungsflächen im Zusammenleben wird angestrebt.
 - c) Besonders wichtig ist ein Programm für türkische Frauen und Mädchen.
12. Die Nutzung des Görlitzer-Bahnhof-Geländes für Freizeit ist eine Kern-Forderung zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in SO 36. Wir erwarten intensive Bemühungen um die Freigabe des Geländes. Alle Vorschläge aus den eingereichten Arbeiten werden gesammelt und in die konkrete Planung eingebracht. Die Straßen und Plätze im Gebiet müssen durch geeignete Maßnahmen (Verkehrsberuhigung, Umgestaltung und Begrünung) für Freizeit und Begegnung der Bewohner besser nutzbar gemacht werden.
13. Die Projektkommission beteiligt sich an der Betreuung und Koordinierung der beauftragten Arbeitsgruppen in der zweiten Runde der »Strategien für Kreuzberg« und kontrolliert die Verwirklichung der Arbeitsergebnisse. Sie versteht sich als Vorstufe der angestrebten Bürgervertretung in SO 36 und wird auch in der 2. Runde die Belange der Bevölkerung kritisch und engagiert vertreten, bis die gesteckten Ziele erreicht sind.



In ein paar Jahren werden wir rückblickend feststellen, daß in Berlin-Kreuzberg ein ganz wichtiger Wettbewerb stattgefunden hat: Versuch, ein überaltetes Cityrandquartier nicht mit von außen aufgezwungenen Architektur- und Planungsvorstellungen zu »sanieren«, sondern alle Beteiligten (Bewohner, Behörden, Wettbewerbsteilnehmer) in einen Denk- und Meinungsbildungsprozeß einzubeziehen. Zur Zeit liegt ein Zwischenbericht vor: 129 Arbeiten wurden eingereicht und von den 34 stimmberechtigten Mitgliedern der Projektkommission beurteilt. Sieben Auswahlgruppen wurde ein Gesamtauftrag zur Weiterbearbeitung erteilt, weiteren vier Gruppen ein Teilauftrag. Bezeichnenderweise wurden keine Preise verteilt, sondern Honorarbeiträge zur weiteren Bearbeitung ausgerichtet. In den prämierten Arbeiten kommen alle wichtigen Anliegen echter Quartiersanierung zum Ausdruck: Einbezug der Bevölkerung, Fachleute vermehrt in der Funktion von Beratern undAnimateurs als von traditionellen Projektverfassern, Mithilfe der öffentlichen Hand in der Zwischenfinanzierung mit dem Ziel, die Bewohner vermehrt wieder Eigentümer werden zu lassen. Kritiker der Hochschul-Entwicklung warnen, daß uns ein »Akademiker-Proletariat« ins Haus steht. Wenn dies jedoch zur Folge hat, daß tatsächlich wieder Arbeit an der Basis und in den Quartieren geleistet wird, dann können wir uns darauf nur freuen.

Ueli Schäfer



Die mit der zweiten Stufe beauftragten Arbeiten sind in einem 250seitigen Dokument zusammengefaßt. Da eine auszugsweise Veröffentlichung unmöglich ist, soll versucht werden, in einer sehr knappen Zusammenfassung die wichtigsten Denkansätze zu geben.

R. Krauser, D. Kloster, D. Kruse, Berlin

Teilauftrag

Diese Arbeitsgruppe schlug eine Reihe von Einzelmaßnahmen vor, die auf den örtlich gegebenen Voraussetzungen basiert:

- Förderung der Kooperation unter bestehenden Gruppen
- Aktivierung der Hauseigentümer
- Verbesserung der Information durch Vorträge, Bürgerzentrum, Quartierfernsehen
- Eigenleistungen der Bewohner.

Die Gruppe wurde beauftragt, den Aspekt der Aktivierung der bestehenden Aktionsgruppen im Quartier weiterzuverfolgen und entsprechende Kontakte zu machen und Programme zu entwickeln.

Angelika Arras, Hartmut Arras, Doris Dietzsch, Renate Grobßen, Wilhelm Grobßen, Basel

Teilauftrag

Schwerpunkt der Arbeit dieser Gruppe ist der Vorschlag einer gemeinnützigen Entwicklungsgesellschaft »Stiftung Kreuzberg«, deren Aufgabe darin bestünde, durch Motivierung und Vermittlung von Kenntnissen die Mitbestimmung der Bewohner des Quartiers zu fördern und die Modernisierungsarbeiten zu unterstützen. Im Gegensatz zur Genossenschaft »COHABITAT« in Basel, die als Beispiel herangezogen wird, bezieht sie jedoch nicht eindeutig Stellung dazu, ob es eine notwendige Voraussetzung von Mitbestimmung und Mitwirkung sei, daß die Bewohner in irgendeiner Form Eigentümer werden.

Die Gruppe wurde damit beauftragt, die Voraussetzungen zur Einrichtung einer solcher Trägergesellschaft abzuklären und erste Schritte zu deren Realisierung zu unternehmen.

Gabriele Zagoritis, Lieselotte Zuppe, Dieter Steppich, Berlin

Gesamtauftrag

Im Unterschied zu den meisten andern Vorschlägen wurde in dieser Arbeit ein eng umgrenztes Teilgebiet herausgegriffen und in einer detaillierten Analyse untersucht und dokumentiert. Entsprechend werden auch keine pauschalen Strategien angeboten, sondern konkrete Vorgehensvorschläge für den jeweiligen Einzelfall.

Die Projektkommission anerkannte in der Jurierung, daß eine solche am Detail und Einzelfall orientierte Betrachtungsweise durchaus erfolgreicher sein könnte, und beauftragte die Gruppe, ihre Arbeit als Ganzes weiterzuentwickeln.

Heinz Burghardt, Anne-Barbara Günther, Bärbel Jäschke, Dieter Keim, Stefan F. Schormann, Peter Wöhner, Wolfgang Sachs, Berlin

Teilauftrag

Diese Gruppe verzichtete auf die Darstellung einer Gesamtstrategie und konzentrierte sich auf die zwei Teilspektive »Arbeit und Gewerbe« und »Ausbildung und Lernen«. Der Vorschlag einer Kreuzberger

Stadterneuerungs GmbH nach dem Vorbild der bei Neubauten häufigen Wohnbaugesellschaften wurde von der Jury als zu zentralistisch abgelehnt. Der Vorschlag einer Stadtteilschule, orientiert vor allem an den stellenlosen Jugendlichen ohne eigentlichen Schulabschluß und an den konkreten Wohn- und Arbeitsverhältnissen des Quartiers, die zum Inhalt des Unterrichts gemacht werden, erschien als interessanter Ansatz.

Die Gruppe wurde beauftragt, Standort, Zielgruppen und Lehrprogramm einer solchen Institution im Rahmen eines Teilauftrages weiter abzuklären.

Hans Barkowski, Ulrike Harnisch, Sigrid Kumm, Berlin

Gesamtauftrag

Die Verfasser, die seit mehreren Jahren mit türkischen Arbeitern und ihren Frauen in Deutsch-Kursen zusammenarbeiten, legen ein Konzept vor für die Integration der Ausländer in die einheimische Bevölkerung, um so eine Ghetto-Bildung, den Harlem-Effekt, zu verhindern. Ihre Zielvorstellungen sind:

- Quartierbezogene Integration ausländischer und deutscher Bewohner
- Öffentliche Dokumentation dieses Prozesses
- Aufbau einer Zentrale der Selbstdarstellung von Ausländerinteressen.

Die Jury beauftragte die Gruppe damit, ihre gesamte Arbeit weiterzuführen und mit den anderen Projekten zu koordinieren.

Leni Langenscheidt, Gabriele Parr, Margot Stark, Matthias Zieger, Cord Schaumburg, Hilke Schläger, Berlin

Teilauftrag

Die Verfasser schlagen vor, in bestehenden Räumlichkeiten, die noch zu suchen wären, ein Stadtteilzentrum Kreuzberg SO 36 zu schaffen. Es sollte sich vor allem an den Bedürfnissen der erwachsenen Bevölkerung orientieren und folgende Problembereiche abdecken:

- Rechtsfragen
- Gesundheit
- Soziale und psychische Konflikte
- Soziale Isolation
- Kultur.

Die Institution, die vor allem als Treffpunkt und Beratungsstelle wirken sollte, müßte von einer Initiativgruppe vorbereitet und von einem Trägerverein erhalten werden.

Die Jury beauftragte die Gruppe damit, unter Ausklammerung des Gesundheitswesens, für das bereits eine Einrichtung im Entstehen ist, ein Konzept für ein solches Zentrum zu schaffen und mit ersten Aktivitäten zu beginnen.

Matthias Schulte, Peter Seemann, Ute Speulda, Ralph Strowig, Berlin

Gesamtauftrag

Die Vorschläge der Verfasser beschränken sich auf einen Block südlich des Görlitzer Bahnhofes, bei dem der Modernisierungsprozeß bereits punktuell eingesetzt hat und – so die Verfasser – mit einer größeren Bereitwilligkeit zu Modernisierungen gerechnet werden kann. Das Modell, das von der Bevölkerung der Mieter ausgeht, bauliche Verbesserungen an Gebäuden und Innenhöfen vorzunehmen, ohne Eigentümer zu sein, und von jener der Hausbesitzer, dies auch zu dulden, warf besondere Fra-

gen der Finanzierung und Sicherung der Mieterinvestitionen auch bei Wohnungswchsel auf.

Die Gruppe erhielt den Auftrag, diesen Ansatz weiterzuverfolgen mit folgenden Schwerpunkten:

- Bürgerbeteiligung
- Finanzierungskonzept
- Bauliche Maßnahmen.

Sigrid Kayser, Stefan Lüdke, Antje Zimdars, Jutta Zobel, Berlin

Gesamtauftrag

Diese Arbeit bezieht sich vor allem auf die Wohnverhältnisse und deren Verbesserung. Sie stellt einen Maßnahmenkatalog auf, dessen Kosten in erster Linie durch Hauseigentümer und Staat als Hauptverantwortliche für den Zustand zu tragen wären.

Der Weiterbearbeitungsauftrag hat folgende Schwerpunkte:

- Weitere Ausarbeitung des Finanzierungsmodells
- Realistische Einschätzung der Kosten
- Initialmaßnahmen bei einem Block
- Konzeption zur Aktivierung von Mietern und Eigentümern.

Katharina Dagmar George, Rolf H. Zimmermann, Gerhard Schneider, Berlin

Gesamtauftrag

Im Gegensatz zu den andern Teilnehmern haben die Verfasser ihren Strategievorschlag in eine Geschichte gekleidet: »Nöli, Nöldi, Cem und andere«, die erleben, was im Sanierungsgebiet geschieht, die erfahren, wie ihre Meinungen sich ändern, wie sie Mut bekommen, um etwas zu unternehmen. Durch den sprachlichen Kunstgriff – Umgangssprache statt Fachsprache – und die klare Aussage – der Mieter soll Eigentümer werden – ist ein glaubhafter Vorschlag entstanden, der letztlich darauf basiert, daß die Hauseigentümer, zu den notwendigen wertehaltenden Sanierungen gezwungen, die nicht auf erhöhte Mietzinsen abgewälzt werden können, versuchen werden, ihre nicht mehr profitablen Häuser statt dessen zu verkaufen. So können sie die Mieter, wenn man sie dabei unterstützt, selbst erwerben.

Die Jury erteilte den Auftrag, geeignete Objekte für das vorgeschlagene Mietkaufmodell zu finden und die Möglichkeiten der Selbsthilfe und den notwendigen Kostenrahmen abzuschätzen.

Ernst Jacoby, Volker Martin, Karl Pächter, Bernd Cronjäger, Berlin

Gesamtauftrag

Die Gruppe faßte ihren Vorschlag in einem 10-Punkte-Programm zusammen:

- Weitere Stärkung der Wettbewerbsjury als provisorischer Quartiersrat, deren wichtigster Hebel die 160 000 DM der zweiten Wettbewerbsstufe sind
- Zentrales Info-Center als provisorisches Quartierhaus
- Sozialläden in den Teilquartieren zur allgemeinen Beratung der Bewohner
- Durchsetzung von Sonderprojekten im öffentlichen Bereich
- Pilotprojekte im privaten Bereich
- Räumlicher Entwicklungsplan
- Stadtpark als Mittelpunkt
- Überbetriebliche Ausbildung der Jugendlichen
- Förderung von Genossenschaften und Kooperativen
- Initiative zur Förderung und Diskussion der Gewerbeentwicklung.

Der Jury erschien dieser Vorschlag als richtige Strategie für eine Planung von unten nach oben. Sie beauftragte die Gruppe, am 10-Punkte-Programm weiterzuarbeiten.

Heinz-Jörg Reiher, Monika Reiher, Berlin

Gesamtauftrag

Am Beispiel einer typischen Straßenecke versuchen die Verfasser Möglichkeiten der Aufwertung des öffentlichen Raumes aufzuzeigen. Obwohl der Jury dieses Problem sekundär erscheint, beauftragt sie die Verfasser, Möglichkeiten einer Realisierung unter Mitarbeit der Betroffenen (Anwohner, Eigentümer und Gewerbetreibende, städtische Dienststellen) abzuklären.